

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 36 (1944)
Heft: 1

Artikel: Europa zwischen Hammer und Amboss
Autor: Rimensberger, E.F.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353140>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

FÜR DIE SCHWEIZ

*Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Beilage „Bildungsarbeit“, Mitteilungsblatt der Schweiz. Arbeiterbildungszentrale*

No. 1

Januar 1944

36. Jahrgang

Europa zwischen Hammer und Amboß

Von E. F. Rimensberger.

I.

Wie stellt sich das Problem?

Wenn man von der allgemeinen Entwicklung und der heutigen Lage Europas einen drastischen Eindruck erhalten will, so kann er am besten dadurch vermittelt werden, dass man einige Feststellungen führender Persönlichkeiten am Ende des letzten und vorletzten Jahres einander gegenüberstellt. Als uns Göring am 4. Oktober 1942 in seiner Rede im Sportpalast einige Begriffe von der beabsichtigten «Gestaltung Europas» nach deutschem Muster gab, führte er u. a. wörtlich aus:

«Der Ostraum muss organisiert werden. Die Russen haben ja alles verbrannt; wir werden wieder aufbauen: Schlächtereien, Marmeladefabriken, Keksfabriken, Nudelfabriken. Das war ja alles vorhanden, dazu Eier, Butter, Mehl in einem unvorstellbaren Ausmass. Wir müssen es nur an Ort und Stelle richtig verarbeiten, und ich hoffe, dass im nächsten Jahr dann die Pakete kommen. *Die besten Gebiete sind es, die wir den Russen fortgenommen haben. Wir haben uns schon vorgesehen und das genommen, was zweckmässig war.*»

Goebbels hat in gleich burschikoser Art in die gleiche Kerbe gehauen. Nachdem er jahrelang den an sich gültigen Trumpf ausgespielt hatte, wonach alles Unglück der Weltgeschichte daher kommt, dass es einerseits Besitzende und anderseits Habenichtse gebe, hat er es — nach dem Essen! — erheblich anders gelesen und mit Genugtuung dargelegt, dass aus den «Habenichtsen inzwischen schon Besitzende geworden seien und die Besitzenden immer weiter zu Habenichtsen werden». Deutschland sei nun damit beschäftigt, «zu verdauen, was wir verschluckt haben». Dieser Verdauungsprozess werde wieder zu Ende gehen. Offenbar hat man das Wider-

standsvermögen des deutschen Magens ein wenig überschätzt, so dass man heute, wo die russischen Armeen an der polnischen Grenze stehen, eher von einem Erbrechen als von der angekündigten Einnahme weiterer Mahlzeiten sprechen kann. Die «müden russischen Greise und 16jährigen Jünglinge», von denen Göring im Jahre 1943, am Jahrestag der Machtergreifung, sprach, haben sich als ziemlich widerstandsfähig erwiesen.

Die Sprache ist denn auch in der Folge mehr ins Elegische abgebogen worden und hat nahezu freundlich einladende Worte gefunden. Nach viertägigen Besprechungen zwischen Mussolini und Hitler im April 1943 wurden «die gemeinsamen Ziele, die die Achsenmächte zur Verteidigung der europäischen Zivilisation und für die Rechte der Nationen auf freie Entwicklung verfolgen», aufs neue bekräftigt, und es wurde gesagt: «Der Sieg der im Dreierpakt verbündeten Nationen soll Europa einen Frieden sichern, der die Zusammenarbeit aller Völker auf der Grundlage ihrer gemeinsamen Interessen gewährleistet und eine gerechte Verteilung der wirtschaftlichen Güter der Welt herbeiführt.» Zu Beginn der deutschen Offensive am 5. Juli 1943 hiess es noch in einem Tagesbefehl Hitlers: «Der Schlag, den die deutschen Streitkräfte austeilen werden, muss von entscheidender Bedeutung sein und eine Wendung des Krieges mit sich bringen. *Dieser Schlag muss die letzte Schlacht für den Sieg der deutschen Waffen sein.*» Am 24. September 1943 erzwangen im Gegensatz dazu die Russen den Uebergang über den Dnjepr, was eine weitere Besänftigung der deutschen Sprache mit sich brachte, indem Seyss Inquart in einer Rede in Utrecht ausdrücklich feststellte: «Wir wollen kein von Deutschland beherrschtes Europa.» Wie man im übrigen das an sich diskutabile Bestreben, Europa aus der durch den letzten Krieg künstlich geförderten Kleinstaaterei herauszuführen, in der Praxis auffasste, zeigte sich beim Verhalten Deutschlands nach dem Zusammenbruch Italiens, d. h. bei dem von rein augenblickspolitischen und machtmässigen Erwägungen getragenen Vorgehen gegenüber Kroatien, Albanien und Montenegro. Die edle Flamme europäischer Vereinheitlichung wurde schleunigst aus- und allerlei diesbezügliche Massnahmen wurden abgeblasen.

Auf der andern Seite fing das die Achsenmächte in Sachen der Neuordnung Europas zur Bescheidenheit mahnende Jahr 1943 mit der Konferenz von Casablanca und damit mit der kühnen und selbstsichern Formel der «bedingungslosen Kapitulation» an. Es endete mit der nach allerlei tendenziösen Versionen nunmehr im Wortlaut bekanntgewordenen Rede von Marschall Smuts, in der Frankreich, Italien und Deutschland von der Karte Europas vorläufig gestrichen und Russland zur «neuen Grossmacht in Europa» gemacht wurde, die «diesen Kontinent beherrscht»: «Die andern am Boden, sie selbst Herrin des Kontinents, wird ihre Macht nicht nur hier gross sein, sondern sie wird noch mächtiger sein, da ja auch das Japanische Reich aus der Bahn der Alliierten verschwun-

den und also jegliche Opposition und jegliches Gegengewicht, welches sich im Fernen Osten zeigen könnte, dahin sein wird.»

«Die Neutralität ist», so sagte Smuts, «ausser Kurs und tot.» Ausserhalb Europas gebe es nur noch die USA., «die andere grosse Weltmacht». Grossbritannien sei zwischen diesen weltbeherrschenden Mächten sozusagen nur noch ein «Partner» und müsse sehen, wie es sich, «reich an Ruhm und Ehre», in Zusammenarbeit mit den «kleinern Demokratien Westeuropas stärken» und somit einen bescheidenen Platz an den beiden grossen Sonnen der Weltbeherrschung sichern könne.

Die Rede von Smuts hat in der ganzen Welt grosse Aufregung verursacht. Der Ton ist uns nicht unbekannt. Wir haben an Hand einschlägiger Belege in unserer Arbeit «Was kommt nach dem Kriege?» in der «Gewerkschaftlichen Rundschau» schon im Juni 1942 auf solche Möglichkeiten und Konsequenzen hingewiesen. Da man damals noch weit vom Ende des Krieges entfernt war, blieben jedoch solche Feststellungen ohne grossen Eindruck. Heute — ein bisschen spät — scheinen sie alarmierend zu wirken. Die Ausführungen von Smuts haben — abgesehen vielleicht von Stalin, der allerdings nichts gesagt, aber wohl auf dem Stockzahn gelacht hat — niemandem gefallen und sind vor allem von England selber begreiflicherweise nicht gut aufgenommen worden. Reden, die niemandem gefallen, enthalten jedoch meistens einen Kern von Wahrheit. Dies mag auch, wenn man den Mut hat, die Dinge so zu sehen wie sie sind, für die Rede von Smuts gelten. Auf alle Fälle geht aus ihr eine Tatsache hervor, die uns Europäern allmählich zum Bewusstsein kommen sollte:

dass sich Europa zwischen Hammer und Amboss befindet und lediglich noch nicht einwandfrei feststeht, wer der Hammer und wer der Amboss ist bzw. zum Schluss sein wird, es sei denn, dass Europa zu seinem eigenen Schmied wird, dass es sich im letzten Augenblick auf sich selber besinnt und sich aus eigenem Wollen und Handeln zu einem festgefügt und -gestalteten Block findet, der für Hammer und Amboss zu gross und zu hart ist, nachdem er aus der Esse des Krieges gekommen ist.

II.

Was in der Praxis geschieht.

Noch vor einem Jahre hätten wir uns damit begnügen müssen, die oben wiedergegebenen und andere mehr oder weniger offizielle und offiziöse Auslassungen alliierter Staatsmänner über das zukünftige Verhalten der Vereinten Nationen im Falle ihres Sieges zu kommentieren und zu glossieren. Heute ist dies nicht mehr der Fall. Man kann in empirischer Weise vorgehen, und, nachdem uns Deutschland sein praktisches Verhalten in den besetzten Ländern bündig illustriert hat, in konkreten Fällen auch nachprüfen, wie

sich die Vereinten Nationen bei der Einnahme und damit der neuen Ordnung in der «Festung Europa» verhalten bzw. zu verhalten gedenken. Wenn wir dabei vorwiegend politische Ausführungen machen müssen, so kommt dies daher, dass sich wirtschaftliche Absichten noch gar nicht oder nur in diskretem Halbdunkel dartun. Die Gestaltung des wirtschaftlichen Loses Europas ist übrigens ebenso stark vom politischen Verhalten und politischen Entscheidungen abhängig wie umgekehrt, ja, man kann sagen — die politische Unsicherheit in der Zeit zwischen dem letzten und diesem Weltkrieg hat es einwandfrei dargetan —, *dass ohne politische Ordnung eine wirtschaftliche Erholung überhaupt nicht möglich ist. Das politische Geschehen spielt deshalb auch als Gradmesser der Entwicklung und Absichten auf wirtschaftlichem Gebiet eine entscheidende Rolle.* In dieser Beziehung ist nach allem politischen Geschehen, das nach dem Vorrücken der Alliierten in den besetzten Ländern im vergangenen Jahr zu beobachten war, nicht der geringste Optimismus am Platze.

In Nordafrika ist zuerst im Falle Frankreichs die Probe auf das Exempel gemacht worden. Nachher erfolgte der Einmarsch in Italien, und heute heisst es bereits Farbe bekennen bei der Gestaltung des Loses von Jugoslawien, Polen, Griechenland usw., wobei zugegebenermassen nicht nur das Hoffen und Wollen der besetzenden Mächte, sondern, da diese ja demokratisch sind, auch das Verhalten der befreiten Länder selber eine Rolle spielt.

F r a n k r e i c h .

Niemand wird behaupten wollen, dass die durch göttliche oder andere Vorsehung mit dem Tode Darlans abgeschlossene Komödie ein erhebender Auftakt war. England hat sich dabei hinter den robusten Rücken der USA. und deren Oberst Eisenhower verschanzt. Das Französische Befreiungs-Komitee selber hat ein bemühtes Schauspiel innerer Zerrissenheit aufgeführt. Einerseits musste es Leute in seinen Reihen dulden, die man dem simplistischen Jargon einer auf Vereinfachung bedachten Welt gemäss als Verräter betrachten musste, andererseits wurde mit der unmittelbaren Vergangenheit, soweit sie in Gesetzen und Institutionen zum Ausdruck gekommen ist, mit ebenfalls simplistischer Gründlichkeit aufgeräumt.

Wenn auch nach langer und harter Knechtschaft das Wort Freiheit sehr süss klingen mag, war es vielleicht doch ein wenig zu einfach gesehen, wenn das Befreiungs-Komitee gleich zu Beginn «sich feierlich verpflichtet hat zur Wiederherstellung aller französischen Freiheiten, der Gesetze der Republik und des republikanischen Regimes», ferner zur «gänzlichen Vernichtung des dem Lande aufgezwungenen Willkür- und persönlichen Regimes». Ein allzu hohes Mass von Freiheiten — die bekanntlich in der gleichen Willkür enden können wie die Diktatur — ist, nach all dem zu

schliessen, was jene erlebt und gesehen haben, die in den letzten zehn Jahren vor dem Zusammenbruch in Frankreich die Dinge aus der Nähe verfolgen konnten, am Zusammenbruch Frankreichs in hoher Masse mitschuldig gewesen. Auf Grund der Freiheiten, die man nun wieder insgesamt einführen will, könnte gerade auch jenes «Willkür- und persönliche Regiment», das es abzuschaffen gilt, verewigt werden.

Was das Verhalten der Besetzungsmacht in den französischen Gebieten Nordafrikas betrifft, so ist sie in ihrer Politik in jenen halben Massnahmen steckengeblieben, die oft mehr schaden als nützen. Man hat dem Französischen Befreiungs-Komitee in **e n t s c h e i d e n d e n** Dingen jene Anerkennung versagt, die ihm das im Interesse aller nötige Prestige hätte geben können, und in **w e n i g e r e n t s c h e i d e n d e n** Fragen Dinge gefordert, die ein konsequentes Vorgehen in äusserst wichtigen Fragen behinderten und unmöglich machten. Erst Ende August 1942 ist dem Befreiungs-Komitee die Anerkennung als «**V e r w a l t e r i n** der französischen überseeischen Gebiete» zuteil geworden. Diese Anerkennung bedeutete nicht «die Anerkennung als Regierung Frankreichs oder des französischen Reiches». In den Noten Englands und Amerikas, die in dieser Angelegenheit gesondert vorgingen, wird auf den Grundsatz «der kollektiven Verantwortung» hingewiesen. In der britischen Note wird gesagt, dass sich England «das Recht vorbehalten muss, in Konsultation mit dem Komitee in **a l l e n** sich **b i e t e n d e n** **b e s o n d e r n** F ä l l e n die praktische Anwendung des genannten Grundsatzes zu prüfen». Auch in der amerikanischen Note heisst es, dass das Mass, in dem das Komitee die französischen Interessen zu verwalten und zu verteidigen wünscht, «in jedem einzelnen sich bietenden Falle einer besondern Prüfung vorbehalten bleibt».

Die genannten Einschränkungen sind beim kürzlichen Konflikt im Libanon stark spürbar geworden. Frankreich musste sich in Dingen mit Steinen bewerfen lassen, in bezug auf die das britische Imperium als Kolonialmacht selber im Glashaus sitzt. Dass Frankreich in Fragen, die seine Lebensinteressen berühren, sich hintangesetzt fühlen muss, hat sich im Zusammenhang mit der Dreier-Konferenz in Moskau bei der Behandlung der Mittelmeerfrage usw. deutlich gezeigt.

I t a l i e n .

Beim Einbruch in Italien ist an der Casablanca-Formel der «bedingungslosen Kapitulation» zunächst so stur festgehalten worden, dass alle Vorteile, die sich aus einer konzilianteren Formulierung zu Beginn der Operationen hätten ergeben können, verpasst wurden. Später, als die Formel wenigstens die Grundlage für eine konsequente Innenpolitik hätte abgeben können, wurde sie ausgerechnet aufgehoben, so dass Badoglio am 21. September 1943 in

einer Botschaft an das italienische Volk sagen konnte: «Vergesst nicht, dass alles, was bedingungslose Kapitulation betrifft, veraltet ist und auf die veränderten Verhältnisse keine Anwendung mehr findet.»

Trotz des grossen Lärms über die «systematische Bestrafung aller Kriegsverbrecher» ist Badoglio, der den aufgestellten Kriterien zufolge für die Einreihung zu den Kriegsverbrechern ohne Zweifel in Frage käme, unentwegt am Ruder geblieben. Entgegen den einstimmigen und offiziellen Wünschen des Italienischen Befreiungs-Komitees, in dem alle einschlägigen Parteien vertreten sind, hat der König noch nicht abgedankt. Das Misstrauensvotum des Komitees gegen die Regierung Badoglio ist ohne Antwort geblieben.

Auch hier hat andererseits innerpolitisch die Freiheit sofort sehr hohe Wellen geschlagen, denen vielleicht das schwache Schiff der neuen Ordnung nicht gerade gewachsen ist. Damit, dass «die Freiheit das Losungswort aller Parteien ist» und «alle Einrichtungen des Faschismus vollkommen vernichtet werden müssen», ist noch kein neuer Staat errichtet. Wenn auch die Revolution, *p o l i t i s c h* gesehen, gründlich sein soll und allerlei nachzuholen hat (Vernichtung des Grossgrundbesitzes, Errichtung einer wirklich arbeitsfähigen Demokratie usw.), so ist es doch nicht so, dass alle früheren Einrichtungen zerstört werden sollten, *denn damit würden auch sehr vernünftige wirtschaftliche Einrichtungen mitzerstört, für die die Arbeiterschaft jahrzehntelang gekämpft* und die der Faschismus — der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe! — weitergeführt und manchmal sogar ausgebaut hat. Es ist nicht im Interesse der Arbeiterschaft, dass in Italien unter dem Zepter von Croce und Sforza, d. h. eines überlebten Risorgimento, wieder ein seichter Liberalismus ältester Observanz eingeführt wird. Die peinlich durchgeführte Wiederherstellung der vorkfaschistischen Ordnung und Demokratie, die von Badoglio durch den Erlass begünstigt worden ist, dass die Bildung neuer Parteien für die ganze Dauer des Krieges verboten ist, ist kein Programm, *denn diese Ordnung war zum Teil eine grosse Unordnung und gar keine Demokratie, deren endgültige und gute Formel noch erst gefunden werden muss: was übrigens auch für andere Länder, ja, für alle heutigen Demokratien gilt!*

J u g o s l a w i e n .

Der zwangsläufig opportunistische und unsichere Charakter der Politik der Vereinten Nationen kommt besonders krass zum Ausdruck im Falle Jugoslawiens. Vergessen sind die Zeiten, wo im Jahre 1941 die damals von den Vereinten Nationen sehr begeistert begrüßten jugoslawischen Patrioten die Regierung Zwetkowitz stürzten und damit im Balkan ein Widerstandszentrum gegen die Achse und die Voraussetzungen für die heutige Partisanentätigkeit schufen. Man scheint die Gunst, die man unverdienterweise dem italienischen König hat angedeihen lassen und neuerdings in Er-

wartung kommender Dinge ebenso unverdienterweise für den gottähnlichen japanischen Kaiser bereit hält, dem — vom Standpunkt der Vereinten Nationen aus gesehen — verdienten jetzigen jugoslawischen König nicht übermässig angedeihen lassen, ja, ihn sogar in eine Zwangslage setzen zu wollen. Heute ist Tito Trumpf, unter dessen Partisanen auch ein Teil jener Leute zu finden sein dürften, die sich im Juli 1941 an einem der grössten Kriegsverbrechen schuldig gemacht haben: an der Ermordung Tausender von Serben in Bosnien.

Wie dem auch sei, die Verhältnisse in Jugoslawien sind, weil niemand sich die Mühe gibt, wirklich zum Rechten zu sehen und weil jeder auf alle dortigen Karten setzen will, heute so undurchsichtig, dass man von einem jugoslawischen Wirrwarr reden kann, in dem sich innerhalb und ausserhalb Jugoslawiens Freund und Feind nicht mehr richtig zu unterscheiden vermögen und jeder den andern für einen Verräter an irgendeiner politischen oder sonstigen Sache hält.

*

Gerade weil man den Jugoslawen und allen andern zu befreienden Völkern, sowie auch England, alles Gute wünscht, denkt man heute — England hat auch auf diesem Gebiet allerlei Vorerfahrungen! — an den griechischen Befreiungskampf zu Beginn des letzten Jahrhunderts, der ganz Europa in Atem hielt und höchste Flammen der politischen und freiheitlichen Begeisterung schlug. Wir wissen heute über die damaligen Vorkommnisse, die oft einen mehr tragikomischen als heroischen und idealistischen Charakter hatten, besser Bescheid. England, das damals am meisten für die griechische Freiheitsbewegung tat, spielte zuerst mehr auf dem politischen als auf dem militärischen Brett und sandte einen Oberst nach Griechenland, dem die Gründung von Zeitungen und die Einführung einer liberalen Verfassung, die er aus der Verfassungsfabrik von Bentham fertig in der Tasche mitbrachte, wichtiger war als der Krieg, so dass der romantische Dichter Byron als militärischer Machthaber auftreten musste, wobei er übrigens auch nicht eitel Freude erlebte, weil es den verschiedenen rivalisierenden Führern und Partisanen mehr um sein Geld als um den Kampf für die Freiheit zu tun war. Oberst Napier, der von englischer Seite als Militär — nur als Militär! — in Griechenland wirken wollte, war dem von rein politischen Idealen und Absichten beseelten Komitee in London gar nicht genehm, insbesondere auch wegen seines Ausspruches, dass «die griechische Regierung sich nicht mit Verfassungsfragen befassen soll, solange noch ein türkischer Soldat in Europa stehe».

England scheint heute nahezu ins andere Extrem zu fallen. Man kümmert sich weniger um politische Ideale und Aspirationen, sondern lässt die Länder — wie es im Falle Italiens offen ausgesprochen worden ist — in ihrem eigenen Fett braten. *Was aber*

soll bei einem solchen Verhalten werden, wenn es sich einmal darum handelt, eine neue europäische Ordnung zu schaffen? Soll Europa ebenfalls in seinem eigenen Fett braten und das völlige Verderben einer mannigfach zusammengesetzten Sauce lediglich ein wenig korrigiert werden durch das bis jetzt allzeit fehlgeschlagene alte Rezept des «Gleichgewichts der Mächte»?

In einer der letzten Publikationen des Völkerbundes wird ohne Umschweife gesagt, dass nicht die geringste Aussicht auf eine Wiederbelebung des Welthandels besteht, «solange nicht wirksame Massnahmen getroffen worden sind, um politisch die Lage zu klären». *Die oben dargestellten Proben auf diesem Gebiet sind nicht sehr verheissungsvoll.*

Wir haben einerseits volles Verständnis dafür, dass die Sicherung der nackten Existenz und damit die Kriegsführung vor der Philosophie und der Politik kommt, *andererseits fragen wir uns aber auch, ob nicht durch die bewusste und unbewusste Unterbindung sauberer politischer Entscheidungen, die doch kommen müssen, gerade jene Kräfte mitunterbunden werden, die auch der Dynamik der kriegerischen Auseinandersetzung zugute kommen könnten (wie dies z. B. in Russland sowie bei den ihm nahestehenden jugoslawischen Partisanen der Fall ist).*

Eine solche Einstellung würde allerdings voraussetzen, dass die führenden Mächte und Männer diese neue und andere Welt überhaupt wollen, was sicherlich nicht der Fall ist. Dies kann man z. B. im Falle Englands schon im Verhalten im eigenen Lande feststellen. Sir William Beveridge, der in der Stunde der Not nahezu zum Nationalhelden und Retter der Welt aufgeblasen worden ist, muss heute seine Ideen gegenüber allerlei Elementen, die nicht wert sind, ihm die Schuhriemen zu binden, mühselig verteidigen und dabei nahezu befürchten, zur komischen Figur gemacht zu werden. Dies geschieht ihm, obwohl er sicherlich kein Sozialist ist. Der äusserst gemässigte sozialistische Innenminister Morisson musste sich kürzlich im Parlament bereits unverschämte Fragen gefallen lassen und Churchill, der ihm die Stange hielt und seine Fähigkeiten lobte, musste die Gemüter mit der Feststellung beschwichtigen, dass er selber «ein lebenslänglicher Gegner des Sozialismus sei». Wir wollen ihm das, obwohl er sich einmal als Mitglied bei der Maurergewerkschaft angemeldet hat, nicht nachtragen. Wahrscheinlich würde er gar nicht an dem Platz stehen, wo er heute steht und mit Recht die Bewunderung der Welt geniesst, wenn er Sozialist wäre. Die Weltgeschichte geht jedoch weiter, und es gibt sehr viele Leute, die wenigstens in der kurzen Zeit, die ihnen noch beschieden ist, vielleicht wohl Sozialisten werden wollen oder es schon lange sind. —

III.

Vom Atlantik nach Moskau.

Da die harte Wirklichkeit so schwer zu meistern ist und im Interesse der «eisernen Notwendigkeiten der Kriegführung» allorts so viele Konzessionen gemacht und verlangt werden müssen, wollen wir einen Blick auf den Stand jener Programme und Erklärungen werfen, die der Zukunft gewidmet sind und damit mehr politische Poesie und Ungezwungenheit gestatten.

Der Reigen ist auf diesem Gebiete mit der Atlantic-Charter vom 14. August 1941 eröffnet worden, die, wir wollen es wiederholen, lediglich als eine allgemeine Prinzipienklärung aufgefasst werden kann. Sie hat allerdings inzwischen höhere Bedeutung erlangt durch die Zustimmung Moskaus, das damit ebenfalls auf die Erklärung festgelegt wurde, dass es der Wunsch der Unterzeichner ist, «dass souveräne Rechte und eine autonome Regierung allen denen zurückgegeben werden, denen sie entrissen worden sind». Die Atlantik-Konferenz hat allerdings auf dem Wasser stattgefunden, so dass man es ihren Prinzipien verzeihen muss, wenn sie ihrerseits ein wenig geschaukelt werden. —

Vom Atlantik nach

M o s k a u

war der Weg sehr weit. Viele, die guten Willens sind, befürchteten, dass er überhaupt nie dahin führen werde. Trotzdem war die Spannung, als die Dreier-Konferenz endlich zusammentrat, weniger gross, als man erwartet und gehofft hatte. Alle wussten, dass, gerade weil man in Moskau festeren Boden, einen harten Boden harter Tatsachen, unter sich hatte, sich das Resultat weniger sensationell anhören lassen werde als nach der Atlantik-Konferenz. Die Konferenz wurde insbesondere durch das lehrreich, was nicht beschlossen worden ist. Die Formeln der «kollektiven Sicherheit» der «allgemeinen Organisation auf der Grundlage der souveränen Gleichheit aller friedliebenden Völker», das «allgemeine Uebereinkommen über die Rüstungen in der Nachkriegszeit» sowie die strenge Bestrafung der Kriegsverbrecher waren Musik, die man bereits kannte. Eine Primeur war eigentlich nur der Beschluss, «ein freies und unabhängiges Oesterreich neu zu errichten». Damit war, geographisch gesehen, sozusagen eine «Demarkationslinie» geschaffen, bis zu welcher sich die UdSSR. im Osten Europas überhaupt zu gemeinsamen Beschlüssen mit ihren jetzigen Freunden und Kampfgenossen einlassen will. Weiter östlich liegende Gebiete, wie die Tschechoslowakei, Polen, Lettland, Finnland usw. hat sich Moskau offenbar schon damals für die eigene Behandlung vorbehalten (die ja inzwischen mit dem tschechisch-russischen Pakt eingeleitet worden ist).

Stalin konnte beim genannten Beschluss über

O e s t e r r e i c h

gute Miene machen, weil er weiss, dass dieser einzige effektive Beschluss bei den meisten Europäern einen Nach- oder Vorgeschmack zurücklassen musste, von dem er, Stalin, später nur profitieren kann. Musste ausgerechnet gerade in diesem Zusammenhang an diese Wunde gerührt und damit an die Existenz eines staatlichen Gebildes erinnert werden, von dem die Mehrzahl der Oesterreicher — allerdings unter völlig andern Voraussetzungen — schon im Jahre 1919 in Vorahnung kommender Dinge selber nichts wissen wollten und von dem schon damals führende Staatsmänner sagten, dass es den Keim eines neuen Weltkrieges in sich schliesst (was sich denn auch bewahrheitet hat). Eine Zeitung wie der «Observer» hat die Sache so peinlich gefunden, dass sie sich kürzlich speziell mit dem österreichischen Wirtschaftspotential befasst hat, das nach der Zertrümmerung Oesterreich-Ungarns völlig lahmgelegt wurde, wodurch namenloses Elend über Oesterreich gebracht worden ist. Das Blatt sagt entschuldigend, der ausgedehnte Wirtschaftsapparat Oesterreichs sei eben «ein europäisches, nicht ein österreichisches Aktivum». Die Lösung dieses Problems setze «eine Art europäischen wirtschaftlichen Generalstab voraus». Es setzt nicht nur diesen Generalstab voraus, sondern die organische europäische Wirtschaft selber! Wenn jedoch der Generalstab und die europäische Wirtschaft nicht kommen? Muss sich dann die Weltgeschichte zum drittenmal wiederholen?

Der Moskauer Konferenz folgte jene von Kairo, die sich — ebenfalls ein unglückliches Thema — insbesondere mit

J a p a n

befasste und beschloss, dass es aus allen Gebieten vertrieben werden müsse, die es seit 1895 «mit Gewalt oder aus Habgier erworben hat». Und die andern Kolonialgebiete, die andere Länder seit 1895 «mit Gewalt oder aus Habgier erworben haben»?!

Gerechtigkeit muss sein. Wir sind durchaus gegen Raub und Ueberfall. Mit der Bestrafung ist jedoch das Problem — genau wie im zivilen Leben — nicht gelöst, und verschiedene düstere Tatsachen, die es zu meistern gilt, sind damit noch nicht aus der Welt geschafft.

Wir erinnern uns in diesem leidigen Zusammenhang an eine in der Frage des Genfer Protokolls im Jahre 1924 abgehaltene Völkerbundskonferenz, wo ausserhalb des Saales, in dem nur höflich und zuvorkommend gesprochen wurde, der japanische Delegierte Adatci jedem, der es hören und nicht hören wollte, folgendes sagte:

«Australien ist ein nahezu unbewohnter Kontinent; wir wohnen in einer übervölkerten Insel. In Japan entfallen auf den Quadratkilometer 180 Einwohner, in Australien nicht ein-

mal einer. Trotzdem will die australische Regierung unsern armen Leuten nicht gestatten, in Australien zu arbeiten. Wird diese Ungerechtigkeit, diese Verleugnung jeglicher menschlichen Solidarität, durch das Genfer Protokoll aus der Welt geschafft? Nein! Wenn wir friedlich sind und Australien vor das Schiedsgericht fordern, so kann Australien verweigern, auf die Sache einzugehen, da ‚der Streitfall eine Frage betrifft, die das internationale Recht der ausschliesslichen Kompetenz Australiens überlässt‘. Das Genfer Protokoll hebt das Prinzip nicht auf, laut dem jeder Staat souverän ist. Es gibt damit keine Mittel, die Japan benachbarten Staaten zu veranlassen, unsern Bevölkerungsüberschuss aufzunehmen. Es wird uns nichts anderes übrigbleiben als der Krieg. Wir werden jedoch damit alle Ihre Sanktionen auf uns ziehen, die wir nicht verdienen, da wir eine friedliche Lösung wünschen.»

Obwohl damals dieser Zwischenfall, wie es so schön hiess, in der Presse und Völkerbundskreisen einen ungeheuren Widerhall fand, ist nichts weiter geschehen, d. h. die Voraussagen des kleinen Japaners mit dem Bärtchen à la Louis XIII. sind leider wörtlich in Erfüllung gegangen. Soll die gleiche Geschichte von vorne beginnen?

Nach der Konferenz von Kairo hat gegen Ende des vergangenen Jahres noch jene von

T e h e r a n

stattgefunden, die vor allem kriegerischen Zwecken und Zielen, d. h. den Operationen galt, die zur Vernichtung der deutschen Streitkräfte «von Osten, Süden und Westen her unternommen werden sollen» (und der Norden?). Es wurde — man erinnere sich nun der oben wiedergegebenen Worte von Adatci! — ein Friede versprochen, «der gleichzeitig vom guten Willen der überwältigenden Massen der Völker der Welt getragen wird und das Gespenst des Krieges für viele Generationen verbannt». Es wurde versprochen, dabei «die Mitarbeit und die aktive Teilnahme aller Nationen, klein oder gross, zu suchen, deren Völker wie unsere Völker in Herz und Geist für die Beseitigung der Tyrannei und Sklaverei, der Unterdrückung und Intoleranz eintreten». Sie wurden willkommen geheissen in der «Weltfamilie der demokratischen Nationen», und es wurde ihnen ein «freies Leben» gemäss «ihren verschiedenen Wünschen und ihrem Gewissen versprochen».

Moskau hat inzwischen gezeigt, wie es diese Freiheit auffasst, ja, dass es überhaupt das einzige Land ist, das, ohne viel zu reden, genau weiss, was und wie es will und was es sich angesichts seiner Leistungen und der Entwicklung der Weltgeschichte leisten kann. Man legt in Moskau mehr Wert auf praktische Möglichkeiten als auf schöne Worte. Man hat alles brav unterzeichnet und hierauf

durch den Sender von Moskau der Welt, d. h. jenen, die es hören wollten, die nötigen Erläuterungen zum «Standpunkt Russlands zur Frage der Föderation europäischer Kleinstaaten» bekanntzugeben. Man hat gesagt, dass es verfrüht wäre, die kleinen Nationen bereits jetzt gruppieren zu wollen. Die Exilregierungen der deutschbesetzten Länder könnten infolge mangelnden Kontakts mit ihren Völkern nicht als Ausdruck des Volkswillens ihrer Länder gelten. Selbst die unmittelbar nach Kriegsende von den jetzt besetzten Ländern gebildeten Regierungen hätten noch nicht genügend Autorität, um an die Frage einer Föderation heranzutreten.

Wenn bis dahin von den Alliierten das Alte gestützt und das Neue unterbunden wird, so sind diese Feststellungen durchaus richtig. Sie entsprechen übrigens letzten Endes ganz dem Rezept der übrigen Partner der Vereinten Nationen, die allerdings demokratische Gepflogenheiten lieben und die bitteren Pillen schon vor ihrer Verabreichung mit beschwichtigenden Worten empfehlen.

Moskau lässt sich nichts vormachen. Das hat es im Falle Wendell Willkies bewiesen, der das für Moskau schmeichelhafteste Buch geschrieben hat und als smarter Kaufmann glaubte, man werde sich mit Moskau über allerlei verständigen können, wenn man die hochnäsigen und hochdiplomatischen Allüren ablegt, von gutem Business redet und dabei auch gelegentlich über politische und territoriale Kleinigkeiten mitverhandelt. So hat Wendell Willkie kürzlich in durchaus lebenswürdiger Form beiläufig das Problem des künftigen Statuts der Nachbarstaaten Russland «aufgerollt» und ist dabei auch auf Finnland, Polen und die baltischen Staaten zu sprechen gekommen, für die sich doch sicher auch «etwas tun lasse». Die «Prawda» bemerkt dazu unter dem Titel «Willkie trübt das Wasser» u. a.:

«Es ist jetzt die Stunde gekommen, um einzusehen, dass das angebliche Problem der baltischen Staaten eine innere Angelegenheit der Sowjetunion ist, in die Wendell Willkie sich nicht einzumischen hat. Wer immer an dieser Frage interessiert ist, hat sich an die russische Verfassung und an die demokratischen Volksabstimmungen zu halten, die in den baltischen Republiken bereits stattgefunden haben. Man soll sich erinnern, dass wir unsere Verfassung zu schützen verstehen. Was Finnland und Polen anbelangt, ohne die Balkanstaaten zu erwähnen, so weiss die Sowjetunion, wie mit ihnen umzugehen ist, und sie hat dafür die Hilfe Wendell Willkies nicht nötig.»

So haben sich die Dinge auf dem Weg vom Atlantik nach Moskau und Teheran entwickelt. *Stalin kann beifügen, dass seine jetzigen Kampfgenossen genau so wie er geredet haben, als sie seinerzeit das Heft noch so fest in Händen hielten wie er heute.*

Vom Völkerbund aus gesehen.

Die letzte grosse Gelegenheit, wo sich die Auffassungen des Völkerbundes in wirtschaftlichen Fragen direkt und indirekt geltend machen konnten, war die Vorbereitung der für das Jahr 1933 anberaumten Weltwirtschaftskonferenz. Man hat es uns damals als Ketzerei und Spielverderberei angerechnet, dass wir die Konferenz im voraus «als letzte Station des Liberalismus» bezeichneten. Es war jedoch nicht böse gemeint. Wir haben die Verdienste des Liberalismus nie unterschätzt und wollten mit unsern Ausführungen vor allem auch zum Ausdruck bringen, dass die Weltwirtschaftskonferenz für den Liberalismus eine letzte Chance sei. Wir glauben noch heute, dass eine — im guten Sinne — schrankenlose Weltwirtschaft, die dann allerdings auch eine Weltwährung und verschiedene andere weltwirtschaftliche Gepflogenheiten und Institutionen zur Voraussetzung haben würde, die für alle erlösende Lösung wäre, vorausgesetzt allerdings, dass diese Weltwirtschaft von unten herauf, nicht von oben herunter gestaltet werden könnte. Es müsste ihr eine organische nationale Ordnung im Wirtschaftlichen schon deshalb vorangehen, weil die Völker in ihrem politischen und kulturellen Bestand, dessen Bereicherung — im Gegensatz zum wirtschaftlichen — vor allem aus dem föderativen Element kommt, nicht bedroht werden wollen.

Das Ziel der Wiederherstellung eines freien Welthandels ist von der vorbereitenden Kommission der Weltwirtschaftskonferenz im Jahre 1933 im liberalen Sinne richtig gesehen und konzipiert worden. *Der günstige Augenblick für ein solches Unterfangen war jedoch längst vorbei, und er ist heute weniger als je gegeben.* Der ganze vorbereitende Bericht war logischer- und notwendigerweise auf das Wort «Freiheit» aufgebaut: Keine vernünftige Preisregulierung ohne Freihandel, keinen Freihandel ohne freien Geld- und Kapitalverkehr, kein freier Geld- und Kapitalverkehr ohne freie Wirtschaft, keine freie Wirtschaft ohne freie Gestaltung der Herstellungskosten, keine freie Gestaltung der Herstellungskosten ohne — auch diesen Faktor liessen die Herren Experten durchblicken! — freie Lohnfestsetzung!

Die «Kommission für Wirtschaftskrisen» des Völkerbundes hat im vergangenen Jahr Vorschläge für den «Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft» ausgearbeitet. Diesen Vorschlägen werden weitere Vorschläge auf längere Sicht folgen. Wir brauchen sie nicht abzuwarten, um, von uns aus gesehen, über beide Fragen zu sprechen, denn es ist ganz offensichtlich, *dass es sich heute nicht mehr bloss um einen Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft, sondern um einen Uebergang von einer Gesellschaftsform zu einer andern handelt, also auf alle Fälle um eine Sache auf sehr weite Sicht.*

Dessen sind sich im Grunde genommen auch die Verfasser des Berichtes bewusst, denn sie sprechen u. a. selber ernsthaft von der Notwendigkeit der Aufstellung von «sorgfältig ausgearbeiteten allgemeinen Plänen», und zwar «nicht nur für das nächste Jahr oder die nächsten Jahre, sondern für Perioden von fünf bis zehn Jahren».

Das liberalistische Stichwort der «Freiheit» kommt in diesem Bericht kaum mehr vor. Man redet nicht mehr von Freihandel, sondern vorwiegend vom «multilateralen Handel», womit die ganze Kette der oben aufgeführten Freiheiten abgehängt ist. Der multilaterale Handel wird nicht in Gegensatz gestellt zum Freihandel, sondern ihn gilt es nach Ansicht der Experten zu verteidigen gegenüber dem schädlichen und begrenzenden bilateralen Handel, wie ihn die nach Autarkie strebenden Staaten zu Beginn ihrer unglücklichen Fahrt auf ihre Fahnen geschrieben hatten.

Es mag auf diese realistischere Einstellung zurückzuführen sein, dass einzelne Mitglieder der Krisenkommission ausdrücklich erklärt haben, sie können sich wohl mit dem Bericht im allgemeinen einverstanden erklären, sich jedoch im Hinblick auf ihre offizielle Stellung nicht mit den einzelnen im Bericht vorgeschlagenen Massnahmen identifizieren.

Auch die übrigen Mitglieder springen übrigens nicht über ihren eigenen Schatten. Es wird im Bericht immer wieder betont, dass er allerletzten Endes doch als Weg zu grösserer Freiheit gedacht ist, denn es müsse doch angenommen werden, dass die Menschen in den meisten Ländern auf ihrem Recht bestehen, «zu arbeiten oder nicht zu arbeiten, diese oder jene Beschäftigung zu wählen, Geld auszugeben oder zu sparen». Dies sei eine der obersten Freiheiten, für die die Alliierten kämpfen. Der oben im Zusammenhang mit den Forderungen der Weltwirtschaftskonferenz 1933 erwähnte Pferdefuss der freien Lohnfestsetzung erscheint auch in diesem Dokument. Es wird gesagt, dass die zu erstrebenden Ziele «innerhalb eines sozialen Systems erzielt werden sollen, das den Zweck hat, die persönliche Freiheit aufrechtzuerhalten». Diese Freiheit könne aber nur aufrechterhalten werden, «wenn der Staat seine Macht (wo bleibt da die Freiheit? d. Verf.) benützt, monopolistische Praktiken zu unterdrücken, *sei es seitens produzierender Firmen oder von Arbeiterorganisationen, um so die notwendige Beweglichkeit aller Faktoren der Produktion zu gewährleisten*». Der König der Gesellschaftsordnung und ihre treibende Kraft soll offenbar weiterhin der Konsument mit seinen mannigfachen und diktatorischen Launen bleiben.

Darüber wäre vielleicht einmal grundsätzlich zu reden. Konsumenten kann es nämlich nur geben, wenn es Produzenten gibt, und es nützt gewissen Konsumenten nicht einen Deut, wenn ihnen einerseits alle fürstlichen Rechte dieser Kategorie zugesprochen werden und sie andererseits gerade wegen den den wirtschaftlichen Ablauf dauernd gefährdenden

und in Unordnung bringenden Launen gewisser anderer Schichten dieser Kategorie nicht die Arbeit finden und leisten können, die sie überhaupt erst zu Konsumenten machen kann. Weil sich eine Gesellschaftsordnung tatsächlich nur dann eine Ordnung nennen darf, wenn jeder Gelegenheit hat, Produzent und weitgehend auch Konsument zu sein, so muss wohl in dieser Ordnung das Produzieren und der Produzent, die Schaffung der Mittel zum Konsum (im weitesten Sinne!) das Primäre sein. Das ist der Sinn der Formel: «Arbeit und Brot!»

Doch lassen wir diese theoretischen Betrachtungen und prüfen wir die praktischen Massnahmen, die in dem Bericht vorgeschlagen werden. Es sind Massnahmen, in deren Zusammenhang es immer wieder heisst, dies und jenes möge gemacht, veranlasst, sorgfältig geprüft, «geplant» und unbedingt durchgeführt werden. Die Gewerkschaften und ihre Arbeiter sind sich heute durchaus klar, dass, wenn eine vernünftige Wirtschaftsordnung zustande kommen soll, nicht jeder machen kann, was er will, und dass es auf allerlei Bequemlichkeiten und Vorurteile, die aus dem Liberalismus stammen und die auch von ihnen gehegt und gepflegt worden sind, zu verzichten gilt. Der Alternative von Zwang und Freiheit kann jedoch der Stachel weitgehend genommen werden, wenn dafür gesorgt wird, *dass die nötige Ordnung auf alle Fälle nicht ohne Beteiligung, Mitsprache und Mitgenuss jener herbeigeführt wird, die sich einzureihen haben. Durch ein gesundes Mitspracherecht wird ja gerade aus dem, was sonst menschenunwürdiger Zwang genannt werden müsste, menschenwürdige Ordnung und gemeinsames Einvernehmen.* Wir teilen, um ein praktisches Beispiel zu nehmen, den Optimismus der Mitglieder der Krisenkommission des Völkerbundes nicht, wenn sie glauben, dass z. B. katastrophale Preissteigerungen, wie sie nach dem letzten Krieg zunächst einsetzten (die den ganzen Produktionsapparat verfälschten und ihn trotz der offensichtlich nur vorübergehenden Konjunktur aufblähten), vermieden werden können, indem man durch «weise Publizität» und «Ueberredungskunst» die Menschen dazu bringt, ihr während des Krieges gespartes oder sonst aufgehäuftes Geld nicht auszugeben. Wenn die Gewerkschaften national und international für die Ordnung und Planung der Wirtschaft in den Kommandohöhen sind, so schliessen sich die Arbeiter, die unten stehen, dabei nicht aus. Die regellose Arbeitsfreiheit wird ja schon durch die blosse Existenz der Gewerkschaften «systematisiert». Als weiterer Schritt für die Ordnung an der Basis kann die Zustimmung der Gewerkschaften zur Idee der Berufsgemeinschaft, der Industriegemeinschaft, der Gesamtarbeitsverträge, der Allgemeinverbindlichkeit usw. betrachtet werden.

Die Kommissionsmitglieder, die sich vom jetzigen Völkerbundsbericht distanzieren, sind wohl, wie wir gesehen haben, mit

seinem allgemeinen Inhalt einverstanden, jedoch wollen sie sich nicht mit den einzelnen Massnahmen identifizieren. Bei uns ist es gerade umgekehrt. Der allgemeine Geist, die übergrosse Vor- und Rücksicht der Verfasser, die Angst vor letztendlichen Entscheidungen und exekutiven Massnahmen (die Verfasser des Berichtes reden auch heute noch lediglich von der Wünschbarkeit eines internationalen Planorgans und von seiner Beschränkung auf beratende Funktionen), mag uns nicht recht gefallen, hingegen werden im einzelnen so viele einschneidende, richtige und notwendige Massnahmen vorgeschlagen, dass man erstaunt ist. Man darf sogar annehmen, dass sich die Experten im Grunde genommen über die in der Praxis der Durchführung unvermeidlichen «exekutiven Kompetenzen» ebenfalls klar sind, wie schon aus dem nachstehend zitierten, sehr gewundenen Satz hervorgeht: «Wir sind dahin beeinflusst, die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit irgendeines Organs mit den angemessenen Vollmachten zu richten, um die Fragen der Handelspolitik nicht nur auf Grund der Lektionen der neueren Geschichte zu behandeln, sondern im Hinblick auf die eigentliche Natur des internationalen Handels.» Wenn auch den Verfassern des Berichtes aus begreiflichen Gründen die alt hergebrachten Spiel- und Verdienstregeln der heiligen, privaten Kapitalanlage und -bewegung noch sehr am Herzen liegen, so schimmert doch immer wieder durch, dass, wenn grössere Dinge im Spiel sind, die Regierungen zum Rechten sehen müssen und z. B. der Zins — was ebenfalls nur auf diesem Wege in Frage kommt — auf diese Weise möglichst niedrig gehalten werden kann und soll.

Die in jeder Hinsicht ausschlaggebende Währungsfrage, der gelegentlich eine besondere Arbeit gewidmet sein soll, und die hier nur gestreift werden kann, wird in ihrem prinzipiellen Teil mit noch grösserer Vorsicht behandelt, da man England und den USA., d. h. ihren diesbezüglichen Plänen, nicht zu nahe treten will. Für diese Währungspläne gilt das gleiche wie für den Völkerbundsbericht. Auch sie enthalten sehr vernünftige Vorschläge und Einzelheiten, sie sind jedoch durch die eitle Hoffnung auf eine spätere Rückkehr zur vollen Freiheit beseelt und... behindert. Der Apparat, den der Keynes- und der White-Plan dem Zwang der Umstände gemäss vorsehen, ist allerdings so raffiniert ausgedacht, dass man die Geister der Ordnung, die sich bei ihrer Handhabung unvermeidlich einstellen würden, später wohl nicht mehr los werden könnte oder gar wollte. Man täuscht sich, wenn man glaubt, den «Goldstandard» oder die Mechanik der völlig freien Kapitalbewegungen in der Not des Augenblicks irgendwie ersetzen oder sie vorübergehend ganz abschaffen, d. h. den Pelz waschen zu können, ohne ihn nass zu machen. Soll und kann man noch von Goldstandard und Gold reden, wenn man hört, dass das gesamte, während eines Jahres erzeugte Gold nur die Kriegskosten eines Tages zu decken vermag und der gesamte Goldvorrat der Welt nicht einmal für die Kriegskosten eines Vierteljahres ausreicht?!

Man kann auch nicht, wie es in dem Bericht zwischen den Zeilen geschieht, einmal für die Notwendigkeit des Verzichts auf gewisse Souveränitätsrechte sein und auf der andern Seite andeuten, dass dauernd steigender Aussenhandel und kühne Kapitalanlage der grosse Sinn jeder Wirtschaftsphilosophie sind. Man kann nicht sagen, dass, wenn die Regierungen erhöhte Verantwortungen auf sich nehmen, sie auch die nötigen Vollmachten haben müssen, ferner, dass Kapital und Arbeit keine private Angelegenheit gewisser Aktionäre oder Gewerkschaften, sondern eine im Interesse aller vorhandene soziale Funktion sind, und gleichzeitig in andern Zusammenhängen die völlige Freiheit von Arbeit und Kapital fordern (während es dann plötzlich wieder heisst, dass die Menschen «ermutigt» werden müssen, in jenen Industrien zu arbeiten, wo gerade eine grosse Nachfrage bewältigt werden muss). Man kann nicht den fürstlichen Launen des Konsumenten das Wort reden, um dann in irgendeinem andern Zusammenhang anzudeuten, dass eine «direkte Kontrolle der Nachfrage» nötig sei.

Während es sich nach dem letzten Kriege wohl darum handeln konnte, irgendwie zur Vorkriegsordnung zurückzukehren, da sie eine Ordnung genannt werden konnte, kommt dies diesmal nicht mehr in Frage, denn das Wirtschaftssystem vor 1939 war kein System, sondern die Karikatur eines solchen.

Da die Unordnung nach diesem Kriege einerseits und — was paradox klingen mag — die Produktionskapazität andererseits unvergleichlich viel grösser sein werden als nach dem letzten Krieg (was auch zu viel grösseren Produktions- und Preiskatastrophen führen kann als nach dem letzten Krieg), *muss auch das Mass des Willens zur Ordnung und der Ordnung selber viel grösser sein!*

Rohstoffe und Fertigfabrikate, Nahrungsmittel und Lebensbedarf, Preise, Investition und Kapitalbewegungen, kurzfristige und langfristige Kredite, Aussenhandel und Währungen, deren hemmungslose Bewegungen die Katastrophen nach dem letzten Kriege bis zur grossen Katastrophe des Jahres 1939 verursacht haben (die Preise schwankten in den letzten zwanzig Jahren manchmal innerhalb kurzer Zeiten für wichtigste Produkte wie Weizen, Kupfer, Blei, Zucker, Kautschuk usw. um Hunderte, ja um Tausende von Prozenten!), müssen diesmal mit noch viel triftigeren Gründen an die Zügel gelegt werden, wenn das Gefährd der nationalen Wirtschaften und der Weltwirtschaft nicht nach einem kurzen und vielleicht fröhlichen Nachkriegsanlauf im Abgrund eines irreparablen Chaos verschwinden soll.

Was wird aus Europa?

Als die Sachverständigen, die die Weltwirtschaftskonferenz 1933 (WWK.) vorbereiteten, die Wiederherstellung der freien Wirtschaft und des freien Handels, die Befreiung von den Fesseln der Kontingentierung und der andern Schutzmassnahmen auf dem Gebiete des Warenverkehrs, die Wiedereinführung des freien Kapitalverkehrs, eine liberalere Kreditpolitik, einen freien Geld- bzw. Devisenverkehr sowie eine freiere Goldwährung verlangten, machten sie den Erfolg solchen löblichen Vorgehens ausdrücklich davon abhängig, dass es international sein müsse: «Mit einer Politik der kleinen Mittel lässt sich die Krise nicht überwinden. Die Regierungen müssen sich zu grosszügigen Lösungen entschliessen, die auf allen Gebieten ein gleichzeitiges und gemeinsames Vorgehen mit sich bringen.» «Ohne ein solches Vorgehen», so sagten die Sachverständigen, «kann weder auf dem einen noch auf dem andern Gebiet (d. h. weder im Wirtschaftlichen noch im Finanziellen) irgendwelcher Fortschritt erzielt werden.»

Wenn dies für Massnahmen gilt, die auf die Freiheit, auf die allgemeine Lockerung gerichtet sind (die damals noch möglich waren und heute, weil sie nicht durchgeführt worden sind und das Schicksal seinen Weg gegangen ist, nicht mehr möglich sind), so gilt es wohl noch vielmehr für das, was es heute zu erzielen gilt und was zur allgemeinen Freiheit in einigem Widerspruch steht: für die Ordnung.

Gibt es Aussichten zur Befolgung des neuen Rezepts auf internationalem oder wenigstens — was schon ein guter Anfang wäre — im europäischen Rahmen?

Ausser der Formel der Atlantic-Charter, der zufolge es das Bestreben der Vereinten Nationen ist, «auf wirtschaftlichem Gebiet die volle Zusammenarbeit aller Nationen herbeizuführen», ist nicht das geringste Anzeichen für eine solche Politik und die dadurch bedingten Pläne vorhanden. In den USA. glaubt man sogar, es noch einmal mit den Formeln der WWK. 1933 probieren zu können, d. h. dass Rettung gebracht werden kann durch die allgemeine Lockerung der Handelsschranken, der Zollmauern usw. (wobei man allerdings auf einem der beiden in Betracht kommenden Gebiete, dem Währungswesen, jene Begrenzungen und Beschränkungen vorzunehmen gedenkt, die laut WWK. 1933 alle Vorteile «auf dem andern Gebiete», d. h. im wirtschaftlichen, zunichte machen würden).

Roosevelt hat in obigem Sinne kürzlich den Grundsatz aufgestellt: «Eine Nation kann nur dann von ihrer Industrie und der Arbeitskapazität ihrer Bevölkerung in vollem Umfang profitieren, wenn alle Staaten der Welt gemeinsam Handelsbarrieren niederlegen, Handelsmethoden aufgeben, die dem internationalen Warenaustausch schaden, und wenn sie schliess-

lich auf ihre Bemühungen verzichten, den Welthandel von seinen natürlichen Verteilungsquellen abzulenken.»

Man weiss heute in den USA., dass man an der letzten und vorletzten Krise erhebliche Schuld hatte, weil die USA. ihre Wirtschaftspolitik nicht ihrer Lage als Kreditoren anpassten, d. h. weil sie ihre Grenzen schlossen und der übrigen Welt nicht ermöglichten, die Schulden gegenüber den USA. so zu zahlen, wie sie letzten Endes allein bezahlt werden können: mit Waren und Dienstleistungen. Sie wollen und können den Fehler nicht wiederholen, und zwar schon deshalb, weil diesmal die Konstellation noch viel ungünstiger ist: weil nahezu alles Gold, mit dem die Schulden evtl. bezahlt werden könnten, bereits in den USA. ist.

Die Formel von Roosevelt ist von den Vertretern der grossen Handels- und Geschäftswelt freudig begrüsst worden. Es steckt in ihr die Zuversicht und der Optimismus einer jungen und kräftigen Nation. Wenn alle Handelsschranken auf der Welt aufgehoben würden, so würde der Satz gelten: Der Starke ist am mächtigsten allein. Dieser Starke wären dann die USA., und es wäre — Smuts hat auch in dieser Beziehung recht — die UdSSR., die ohne Zweifel, wenn sie in die gleiche Kerbe haut, durchaus ernst genommen werden darf. Es ist deshalb gar nicht erstaunlich, dass die UdSSR., als sie im Juni 1942 mit den USA. ein Vorabkommen abschloss und der Atlantic-Charter beitrug, sich positiv für den Abbau der Handelshemmnisse, der Zölle usw. aussprach.

Die Politik des Abschlusses gegenüber der übrigen Welt ist in den USA. nach dem letzten Krieg u. a. durch die Schwierigkeit veranlasst worden, die eigenen Leute zu beschäftigen. Wie wird es diesmal sein, wo die Schulden der Welt an die USA. viel umfangreicher sind und damit die Bereitschaft der USA. zur Aufnahme von Waren zu ihrer Begleichung unverhältnismässig viel grösser sein muss: wo andererseits nach den eigenen Ausführungen der USA. dort 25 bis 35 Millionen Menschen vorhanden sind, die nach dem Krieg neue Arbeit und neuen Erwerb finden müssen?! Wird die Freiheit und Lockerung Hilfe bringen können, wo in Europa 30 Millionen Menschen rück- und umgesiedelt werden müssen?

Man rennt überall offene Türen ein, wenn man sagt, es müsse wenigstens im Rahmen des grössten Schlachtfeldes, im Raum der grössten Zerstörungen und Umwälzungen, d. h. in Europa eine Ordnung werden. Im Vergleich zum Mittelalter, wo man übrigens nahezu von einer europäischen Einheit sprechen konnte, ist heute angesichts der ungeheuren Möglichkeiten des Verkehrs sowie der Verquickung und Verästelung allen wirtschaftlichen Geschehens Europa eigentlich nicht mehr viel grösser wie z. B. die Stadt Zürich. Und nun stelle man sich vor, dass es noch 14 000 Kilometer Zollschranken gibt. Man stelle sich vor, dass zwischen den einzelnen Quartieren der Stadt Zürich sonnenverfinsternde Zollmauern beständen und an jeder dritten Strasse die Notwendigkeit des Geldwechsels, des Clearings, der Verrechnungsstellen usw. bestände!

Wie aber steht es mit der Erkenntnis dieses Tatbestandes und den dadurch bedingten Massnahmen? Wie steht es mit dem europäischen Geist und der europäischen Wirklichkeit? Ist man sich klar, dass die am Ende des letzten Kapitels und zu Beginn dieses Kapitels aufgestellten Forderungen — mögen es jene der Freiheit oder der Ordnung sein — im europäischen Massstab durchgeführt werden müssten? Sie müssten unter gewissen Verzichten auf nationale Souveränitäten im europäischen Rahmen das schaffen, ohne was es kein lebensfähiges wirtschaftliches Gebilde gibt: gemeinsame Aussenpolitik, gemeinsame Währung, gemeinsame Verteidigung (drei Faktoren, die letzten Endes auch die Schweiz zu einem lebensfähigen Gebilde gemacht haben).

Wie stehen die Dinge? Wir haben es gerade in den letzten Wochen erfahren. Dass die russischen Armeen die polnische Grenze überschritten, genügte, um alle in Moskau geprägten schönen Worte und Formeln über den Haufen zu werfen. In Moskau fühlt man sich im gegenwärtigen Augenblick mit einigem Recht als Hammer, und aus den USA., wo man sich zunächst auf die bescheidenere Rolle des Amboss beschränken wollte, kommen plötzlich äusserst scharfe Töne.

Was aber sagt Europa selber, das zwischen diesem Hammer und diesem Amboss liegt? Es sagt nichts! Keine Aufwallung und kein Ton: weder im kontinentalen Europa noch in England, wo sogar die Gewerkschaften die sanfte Erklärung der polnischen Regierung als unangebracht empfinden. Europa ist kein kräftiger Wald, aus dessen kompaktem Baumbestand ein Echo zurücktönt. Europa lebt weniger als je.

In diesem Sinne hat Smuts wahre Worte gesprochen, die uns aufrütteln sollten. England, das sich mit Recht gegenüber der UdSSR. verpflichtet fühlt, muss teils natürliche Zurückhaltung üben und hält sich andernteils an seine traditionelle Politik, nicht zu scharf ins Zeug zu gehen, so lange seine eigenen Lebensinteressen nicht direkt berührt werden. Was aber soll aus Europa werden, wenn es sich nicht selber zum Wort meldet und Länder wie Frankreich, Italien oder Deutschland — laut Smuts — einfach aus seiner Karte gestrichen werden? Ist niemand da, der z. B., wie im Jahre 1814, als Frankreich nach vielen Sünden ebenfalls am Boden lag, sagt: «Europas Freiheit kann nur gerettet werden, wenn Frankreich ein mitbestimmendes Land bleibt.» Meldet sich kein Zusammengehörigkeitsgefühl und kein Gewissen?

Die einen reagieren nicht, die andern reagieren falsch. Die einen haben überhaupt keine gemeinsamen Interessen mehr, die andern befürchten bei jeder Konstellation die Gefahr der «Bildung von Interessensphären». Die einen wollen von ihrer nationalen Selbständigkeit nichts opfern, die andern sehen in der Schaffung Europas ausschliesslich Gelegenheit, gerade ihre eigene Souveränität zu steigern. Die dritten wol-

len ihre Ruhe haben und von Europa überhaupt nichts wissen, wenn es nicht wie eine schöne Blume über Nacht zum allgemeinen Nutz und Frommen aufblüht.

Europa wird jedoch, wie jedes andere Gebilde menschlichen Zusammenwohnens und Zusammenarbeitens, nicht ohne Kampf und Zuckungen entstehen (wenn überhaupt!). *Wenn die Angst vor der Bildung gegensätzlicher Interessenssphären allzeit das Handeln der Menschen bestimmt hätte, hätten sich nie Städte zu Gegenden und Gegenden zu Ländern zusammengetan.* Dies kann, darf und soll man auch dann sagen, wenn man der friedfertigste Mensch der Welt ist. Jene, die in Sachen Friedfertigkeit und Verabscheuung der Macht so gerne Jacob Burckhardt zitieren, mögen daran erinnert werden, dass der gleiche Jacob Burckhardt Wunsch und Wirklichkeit genau auseinanderzuhalten wusste. Wenn er auch gerne wiederholte, dass «die Macht an sich böse ist», dass sie nie «ohne Verbrechen gegründet worden ist», dass es immer und immer wieder, auch bei den angeblich schönsten Bestrebungen, um die Macht geht und der freundliche Zufall oft lediglich darin besteht, dass manchmal aus Macht und Gewalt ein einigermaßen erträgliches Recht wird, so betonte er andererseits ebenso ausdrücklich, dass «das Böse auch ein Teil der grossen weltgeschichtlichen Oekonomie ist». Immer wenn dieses Böse Macht begründete, kam aber auch «in der Folge die Menschheit heran mit ihrem unermüdlichen Streben, blosse Macht in Ordnung und Gesetzlichkeit umzuwandeln; sie brachte ihre heilen Kräfte herbei und nahm den Gewaltzustand in die Kur».

Dürfen wir auch diesmal so etwas erwarten? Es sieht nicht gerade danach aus! Das Böse war diesmal so sehr böse, dass es wiederum nach sehr Bösem und nach grosser Vergeltung ruft. *Wir haben jedoch — und vor allem Europa hat! — von der Vergeltung nicht gelebt.* Nach dem letzten Krieg war die Verbitterung in Europa gegen die Ruhestörer ebenfalls äusserst gross, und doch mussten und konnten wir wieder zusammenleben. Wir müssen es in der Erkenntnis wollen, dass die in den letzten zwanzig Jahren verführten Völker in der Weltgeschichte nicht die einzigen sind, denen dieses Missgeschick zuteil geworden ist. Jedes Land hat seine Flegeljahre gehabt.

Wenn Europa nicht in einem mehr oder weniger «gesunden Hass» untergehen soll, so müssen hauptsächlich auch wir Schweizer mit dem guten Beispiel vorangehen, da wir in diesem Krieg zu einem grossen Teil lediglich mitverdient und kaum mitgelitten haben. Im letzten Krieg und nachher hat gerade die schweizerische Arbeiterbewegung das gute Beispiel gegeben als Bindeglied zwischen den Völkern. Um die Völker geht es! Man soll sie nie mit ihren Machthabern verwechseln.

Da es, wie es im Völkerbundsbericht richtig heisst, ohne politische Sicherheit und damit politische Befriedung, keine wirtschaftliche oder sonstige Erholung gibt, muss diese Sicherheit mit allen Mitteln angestrebt werden. Können wir hinter jenen zurückstehen, die mehr Grund als wir haben, verbittert zu sein und Rache zu fordern?

Im Juni 1943 haben wir in der illegalen Zeitung der französischen sozialistischen Partei gelesen:

« Der deutsche *Militärapparat* muss total zerstört, die *Macht der Schwerindustrie gebrochen* und der *Grossgrundbesitz* sozialisiert werden. Diese deutsche Revolution müssen wir unterstützen. Deutschlands Einheit ist eine historische Tatsache. Darum lehnen wir alle Vorschläge zu einer Aufteilung Deutschlands ab. »

Polnische Illegale, die ohne Zweifel zur Vergeltung und Rache mehr Grund haben als alle andern, haben folgende Worte gefunden:

« Der Ruf nach Vergeltung, so gerecht und verständlich er heute auch erscheint, kann in Zukunft leicht in den Wunsch umschlagen, andere Nationen zu beherrschen. Auf diese Weise können nach der Niederlage des Nazismus seine Gewaltmethoden wieder auferstehen. Wir müssen deshalb alle Racheleidenschaft beiseite lassen und einfach den Idealen internationaler Gerechtigkeit folgen. Das polnische Volk kämpft diesen Krieg nicht zur Befriedigung von Rachegehlüsten, sondern für die gerechte Stabilisierung seiner Zukunft. »

Die illegale Zeitschrift der norwegischen Gewerkschafter fordert u. a.:

« Die demokratische Welt muss helfen, Deutschland neu zu formen, indem sie seine demokratischen Kräfte unterstützt. Wenn der Nazismus wirklich vernichtet werden soll, dann müssen seine wesentlichen sozialen Wurzeln beseitigt werden: die verhängnisvolle Verbindung zwischen *Schwerindustrie, Grossgrundbesitz* und *Generalität*. »

Wenn die genannte verhängnisvolle Verbindung zwischen *Schwerindustrie, Grossgrundbesitz* und *Generalität* sofort vernichtet wird und die *Junker* wirklich enteignet sind, ist eine grössere Revolution vollzogen, und es ist zum Aufbau Europas mehr getan worden als durch eine jahrelange (man spricht bereits von zwanzig Jahren!) Besetzung von ganz Deutschland, die ein Chaos oder den Untergang Europas bedeuten würde. In einem Artikel einer illegalen holländischen Zeitschrift, den die holländische Zeitschrift «*Vrij Nederland*» veröffentlicht, heisst es u. a.:

« Jeder Versuch, Deutschland wirtschaftlich niederzuhalten oder es aufzuteilen, steht ausserhalb einer vernünftigen Betrachtung. Es ist unbedingt nötig, Deutschland in eine geplante europäische Wirtschaft aufzunehmen. »

Es gibt aber auch andere Ueberlegungen, die uns Schweizer noch näher angehen und wie sie kürzlich die «*Schweiz. Metallarbeiter-Zeitung*» machte, indem sie sagte: «Nun ist aber die natio-

nale Souveränität n u r d a n n eine vollendete Wirklichkeit, wenn die souveränen Staaten wirtschaftlich stark werden können.»

Können wir wirtschaftlich stark sein oder werden, wenn wir lediglich weiter wursteln und jene Leute gewähren lassen, die mit viel gesundem Menschenverstand und ebenso grossem Zynismus sagen: «Die Schweiz hat es fertig gekriegt, aus eigener Kraft durch den Krieg zu kommen. Sie wird sich auch im Frieden ‚machen‘. Wir erfreuen uns eines unzerstörten Produktionsapparates. Wir sind fleissige und tüchtige Leute. Wenn es nach dem Krieg ein Chaos gibt, so werden wir tüchtig genug sein, die wenigen guten Möglichkeiten, die sich auch dann da und dort ergeben werden, auszunützen. Kommt es aber ohne unser Zutun zu einer neuen Ordnung, so werden wir eben auch darin unsern Mann stellen und unsern Verdienst finden.»

Dieser Realismus kann während einigen Jahren sogar recht behalten. Ohne eine Organisation Europas und eine Verständigung im Rahmen der Welt werden wir aber eines Tages trotzdem wieder — wie im Jahre 1929! — vor einem Berg (d. h. einer Krise) stehen, der selbst für uns geübte und tüchtige Kletterer zu steil sein könnte. Wir könnten dann gewogen und zu leicht befunden werden. Kein Land und kein Volk kann ohne eine grosse Mission oder ohne Mitwirkung an einer solchen auf die Dauer leben. Die Mission liegt klar zutage:

Europa muss zu einem Gebilde werden, dem gerade guter Schweizertsinn und guter Schweizergeist das Muster geben können. Wir sind deshalb die in erster Linie in Betracht kommenden Architekten und Bauleute dieses neuen Hauses, in dessen Mitte wir bereits heute wohnen. Unsere Rolle darin wird um so wichtiger sein, als in dieses Haus nur Besiegte und Gedeemtigte treten werden, denn der Krieg hat bereits so viel an materiellen und sonstigen Opfern gekostet, dass ihn alle verloren haben. Die letzte Phase des Weltkrieges sollte uns lehren, an jenen Aufbau zu denken, den wir nur alle miteinander leisten können. Vermögen wir nicht, uns dazu aufzuraffen, so wird Europa langsam sterben und verderben oder es wird zwischen Hammer und Amboss geraten. Es wird uns Europäern dann nichts anderes übrigbleiben, als uns wenigstens jenem Hammer zu fügen, der — auch wenn uns dabei nicht alles in den Kram passt — zu schmieden und zu gestalten versteht. Es wird wahrscheinlich kein Hammer alter Weisheit und überlebter Formeln sein.